

Umfrage: Energie sparen darf nichts kosten

26.10.2004, 17:29 | Vereine & Verbände

Pressemitteilung von: *VdW Bayern*

Fast jeder Befragte lehnt es ab, sich mit höherer Miete an Investitionen des Vermieters zu beteiligen

München – Gerade ein halbes Prozent der Deutschen will Energieeinspar-Projekte des Vermieters mit höherer Miete unterstützen. Jeder vierte Befragte fordert, dass der Staat umweltschonende Technik finanziell fördern soll. 22,6 Prozent sprechen sich für energieeinsparende Maßnahmen aus, solange für sie keine Kosten entstehen. Dagegen kann sich mehr als die Hälfte der Befragten vorstellen, Strom bzw. Wasser sparende Haushaltsgeräte zu kaufen. Zu diesem Ergebnis kommt eine repräsentative Umfrage des VdW Bayern (Verband bayerischer Wohnungsunternehmen).

Eine klare Mehrheit der deutschen Mieter möchte durch eigenes Verhalten dazu beizutragen, die Umwelt zu schonen. Etwa 60 Prozent streben an, in der Wohnung weniger Strom und Wasser zu verbrauchen – vor allem Haushalte mit einem monatlichen Netto-Einkommen von weniger als 1.000 Euro (74,7%).

„Bei unseren Mitgliedsunternehmen machen die Betriebskosten mittlerweile knapp ein Drittel der Kaltmiete aus. Ganz klar, dass Menschen mit geringem Einkommen diese hohen Kosten mit niedrigem Energieverbrauch kompensieren möchten“, kommentiert der Chef des VdW Bayern, Heinz-Werner Götz, das Ergebnis.

Mit Haushaltsgeräten Strom sparen

In der Befragung sprechen sich 52 Prozent für den Kauf von Strom sparenden Haushaltsgeräten aus. „Bemerkenswert ist, dass die Quote bei den über 60-jährigen Bewohnern mit rund 62 Prozent und den Zwei-Personen-Haushalten mit über 59 Prozent deutlich höher liegt“, stellt Götz fest.

Bei den Ostdeutschen überwiegt die Bereitschaft mit 58,2 Prozent zum Kauf solcher Geräte (Westdeutsche: 50%). Bei Mietern, die monatlich über weniger als 750 Euro netto verfügen, sinkt der Zuspruch auf 37 Prozent. Hingegen ist die Resonanz bei Einkommensbezieher ab 2.000 Euro netto monatlich mit rund 60 Prozent höher. Laut einer Umfrage des EMNID-Instituts ist der persönliche Energieverbrauch der Deutschen bei Elektrogeräten mit 39% am höchsten.

Energiepreise durch Sondertarife senken

Viele Energieversorgungs-Unternehmen planen erneut, die Preise anzuheben. Dennoch scheuen sich die meisten Mieter davor, einen günstigeren Anbieter zu suchen. Lediglich 28,6 Prozent können sich vorstellen, ihren Stromversorger zu wechseln. Je höher das monatliche Netto-Einkommen, umso mehr Menschen sind dazu bereit. Darunter sind überdurchschnittlich viele Selbstständige (40,4%) sowie Menschen im Alter zwischen 30 und 39 Jahren (37,1%).

Die meisten Menschen wüssten nicht, dass viele Stadtwerke und andere etablierte Stromversorger günstige Sondertarife anbieten, erklärt der Verbands-Chef. Wer einen möglichen Wechsel androht, könne in den Vorteil dieser Tarife kommen. Bis zu 200 Euro jährlich ließen sich im Einzelfall einsparen.

Aufwand und Ertrag in sinnvollem Verhältnis

Solange sie kein Geld ausgeben müssen, ist mehr als ein Fünftel der Deutschen (22,6%) für Energie sparen – besonders die 40- bis 49-Jährigen (33%). Nur ein halbes Prozent der Befragten würde sich durch höhere Miete an energieeffizienten Modernisierungs-Investitionen des Vermieters beteiligen. Am meisten davon Selbstständige, Freiberufler und Landwirte (3,5%). „Dabei würde es sich für die Menschen unterm Strich viel mehr rechnen, wenn sie energiesparende Projekte ihres Vermieters unterstützen, als Strom sparende Geräte im Supermarkt zu kaufen. Hier muss

noch dringend Aufklärungsarbeit geleistet werden“, erklärt Götz.

Mehr als jeder vierte Deutsche (28,4%) vertritt in der Umfrage die Ansicht, dass der Staat umweltschonende Technik fördern sollte. Allerdings sind in den Neuen Bundesländern nur 21,4 Prozent dieser Meinung. „Finanzielle Lasten müssen auf Vermieter, Mieter und Staat gleichmäßig verteilt werden“, fordert Götz. Deshalb sei wichtig, dass Maßnahmen zur Energieeinsparung mit „vertretbarem Aufwand“ erfolgen und Kosten und Nutzen in einem angemessenen Verhältnis zueinander stünden. Bei besonderen staatlichen Auflagen müsse das Land auch entsprechend fördern.

Portrait

Die Umfrage führte die GfK (Gesellschaft für Konsum-, Markt- und Absatzforschung) in Nürnberg durch. Sie interviewte in den Monaten August und September 2.071 Männer und Frauen ab 14 Jahren aus dem gesamten Bundesgebiet, darunter 956 Mieter. Die repräsentative Auswahl erfolgte mit Hilfe eines Quotenverfahrens.

* * *

Der Abdruck ist frei. Wir bitten um ein Belegexemplar.

* * *

Im VdW Bayern sind knapp 500 bayerische Wohnungsunternehmen zusammengeschlossen – darunter 336 Wohnungsgenossenschaften und 86 kommunale Wohnungsunternehmen. Die Mitgliedsunternehmen verwalten rund 570.000 Wohnungen, in denen ein Fünftel aller bayerischen Mieter wohnen.

* * *

Ansprechpartner für die Medien: Xaver Kroner (Verbandssprecher)

VdW Bayern (Verband bayerischer Wohnungsunternehmen)

Stollbergstraße 7

D-80539 München

Telefon: (089) 29 00 20-305

Fax: (089) 228 59 40

E-Mail: xaver.kroner@vdwbayern.de

Internet: www.vdwbayern.de

* * *

Ansprechpartner der betreuenden Agentur: Stefan Holler

ComMenDo Agentur für UnternehmensKommunikation GmbH

Hofer Straße 1

D-81737 München

Telefon: (089) 67 91 72-0

Fax: (089) 67 91 72-79

E-Mail: stefan.holler@commendo.de

Internet: www.commendo.de

<https://www.openpr.de/news/36889/Umfrage-Energie-sparen-darf-nichts-kosten.html>